

Lutz Herden, Wolfgang Herles, Luc Jochimsen, Michael Schmidt

## **Der aufhaltsame Abstieg des öffentlich-rechtlichen Fernsehens**

Berichte von Beteiligten

Mit einem Vorwort von Daniela Dahn

### **Inhalt**

*Daniela Dahn:*

Vorwort 7

*Lutz Herden:*

Als wir verstummten 23

*Wolfgang Herles*

Die innere Einheit.

Ein Lehrstück aus dem ZDF 67

*Luc Jochimsen*

Die große Irreführung. Wie die ARD  
ihren Auftrag verlor. Eine Chronologie 129

*Michael Schmidt*

»Unterschätzen Sie nicht die Intelligenz  
der Zuschauer!« 189

### **Daniela Dahn:**

Angesichts des schwindenden Vertrauens in die Leitmedien, speziell ins Fernsehen, gab es in letzter Zeit nicht wenige medienkritische Bücher – meist mehr oder weniger abstrakte Analysen über die Homogenität des Zeitgeistes, der gespeist ist von einer journalistischen Deutungselite, deren Vertreter gern bei der Mehrheit der Gruppe bleiben. In vorseilender Selbstzensur befangen, zu selektiver Blindheit neigend, dafür eifrig in der Diffamierung Andersdenkender, wurde zurecht eine Selbstgleichschaltung der Leitmedien durch diese »Qualitätsjournalisten« beklagt. [...]

Im Gegensatz zu Literatur- und Theater-Kritik ist Kritik der viel einflussreicheren Medien nicht vorgesehen. Dabei gehört zur Pressefreiheit auch die Freiheit zur Kritik an der Presse. Doch Mängel am eigenen Produkt zu offenbaren, gehört offenbar nicht zum Geschäftsmodell. In ihrem Buch »Die vierte Gewalt« kreieren Richard David Precht und

Harald Welzer aufs Trefflichste den zeitgemäßen kategorischen Imperativ des Gewerbes: »Schreibe stets so, dass deine Meinung auch die anderer Journalisten sein könnte.« Sie beharren darauf, dass die »Selbstangleichung der Leitmedien« keiner »Steuerung von oben« unterliegt, sondern normaler Bestandteil sozialer Prozesse ist, zu denen ein starkes Eingebundensein in das Elitenmilieu genauso gehören wie Gruppendenken und Opportunismus. Ziel sei, vom politischen Journalisten immer mehr zum politischen Aktivist zu werden.

Das ist weitgehend einleuchtend.

Was aber nicht hinreichend erklärt wird ist der Umstand, weshalb die angeblich ausschließliche Selbstgleichschaltung mit absoluter Gewissheit immer im sicheren Hafen der Staats- und Nato-Nähe landet. Ganz so von vornehmer Zurückhaltung ist das Agieren der Politiker dann doch nicht geprägt. Die Autoren des vorliegenden Bandes beschreiben die mal feinen Methoden der Einflussnahme, die ein andermal auch vordergründig und von plumper Direktheit sein können.

In jedem Fall sind sie struktureller Natur. [...]

Auch wenn in diesem Buch davon ausgegangen wird, dass die öffentlich-rechtlichen Sender ihren Programmauftrag nicht erfüllen, ist es kein Plädoyer zu ihrer Abschaffung, sondern im Gegenteil eine nachdrückliche Abmahnung im Namen der eigentlich anhänglichen Zuschauer.

## **Lutz Herden**

[...] Leider kam die fragwürdige Bestellung Mühlfenzls auch deshalb zustande, weil es die letzte DDR-Volkskammer unterließ – besser: mit ihrer CDU- und SPD-Mehrheit unterlassen wollte –, im September 1990 einen eigenen ostdeutschen Rundfunkbeauftragten zu wählen. Die SPD konnte danach lamentieren, soviel sie wollte – einmal im Amt ließ sich Rudolf Mühlfenzl nicht darin beirren, seinen Auftrag kompromisslos zu erfüllen und den Artikel 36 als »mein Gebetsbuch« zu hofieren. Sein Stab, der im ehemaligen DDR-Hörfunk an der Ostberliner Nalepastraße Quartier nahm, trug Züge einer klassischen Seilschaft. Dazu zählten Volkram Ge-bel (CDU), alsbald Gründungsbeauftragter des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR), Helmut Haunreiter (CSU), Beauftragter für Berlin, Rolf Markner (CDU), später MDR-Verwaltungsdirektor, dazu Ferdi Breidbach (CDU) als Umschulungsbeauftragter oder Matthias Gehler als Pressesprecher, ebenfalls CDU.

Dieses Personal, ganz und gar aus einer politischen Ecke, führte vor, dass bei CDU/CSU nicht lange ge-fackelt wird, wenn Medien als gesellschaftliche Macht akkumuliert werden kann. Dies setzte sich fort, als am 31. Mai 1991 für Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) als Dreiländeranstalt auf die Schiene gesetzt und mehr Machtgebilde als Fernsehsender war. Den Ausschlag gab auch in diesem Fall das rekrutierte Spitzenpersonal. Als Intendant implementiert wurde Udo Reiter, zwar parteilos, aber Mitglied der CSU-Medienkommission und bes-tens vernetzt mit dem Tross hinter Mühlfenzl. Ihm winkte, wie der Stern am 26. September 1991 berichtete, ein Jahresgehalt von 360.000 DM, womit er deutlich über den 198.000 DM lag, die etwa dem Ministerpräsidenten Stolpe als Salär zugedacht waren. Fernsehdirektor am anfänglichen MDR-Hauptsitz in Dresden wurde Henning Röhl, Ex-ARD-Aktuell-Chef-redakteur. Ulrike Wolf, wegen ihrer CDU-Affinität als NDR-Chefredakteurin ohne weitere Aufstiegsprospektive, übernahm als Direktorin das Funkhaus in Dresden, Ralf Reck, bis dato Fernsehdirektor in Hamburg, das in Magdeburg.

Was sie einte, waren CDU-Nähe oder CDU-Parteibuch und die Aussicht auf Jahreseinkommen um die 240.000 DM, was einer neuen Anstalt wie dem MDR Ausgaben bescherte, die sich im Gesamtetat nicht lumpen ließen. Da früher oder später die Versorgungsansprüche der dann pensionierten Medienkommissare zu Buche schlugen, waren Gebührenanhebungen eine stets willkommene Geldquelle.

Als Udo Reiter 2011 als Intendant abdankte und der Coup misslang, Bernd Hilder, bis dahin Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung und ebenfalls der CDU verbunden, als Nachfolger zu installieren, wurde schließlich mit der Justiziarin Karola Wille nach zwanzig Jahren MDR erstmals eine Ostdeutsche damit betraut, den Sender zu führen. Aufschlussreich, wie sich Reiter verabschiedete: »Flapsig gesagt, ist die Besatzungszeit mit dieser Stabsübergabe endgültig vorbei.«

Die Staats- und Parteinähe der MDR-Begründer war so unverschämt offensichtlich, dass nicht nur die SPD einen Verstoß »gegen die politische Hygiene« reklamierte, sondern sich auch ARD-Anstalten wie der Hessische Rundfunk (HR) peinlich berührt zeigten. Chefredakteur Wilhelm von Sternburg schrieb im Juli 1991: »Wer heute Texte von Kurt Tucholsky oder Carl von Ossietzky, Paul Sethe oder Dieter Gütt liest, der weiß, dass es in Deutschland nur noch wenig Sender und Sendeplätze gibt, die solch kritisch-demokratischem Geist Veröffentlichungschancen bieten. Jedenfalls dann, wenn es um

die aktuelle Tagespolitik geht, um Fragen, die die Machtinteressen der Politik unmittelbar be-rühren.«

Wenn hier rekapituliert wird, was sich 1990/91 abgespielt hat, dann in der Gewissheit, dass in jeder Vergangenheit immer auch Zukunft begraben liegt. Auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk bezogen, heißt das: Anfang der 1990er Jahre wurde dafür Sorge getragen, in den vorhandenen ARD-Anstalten hingebungsvoll den Status quo zu pflegen und dies auf die Arbeitsweise der neuen Ostanstalten zu übertragen. Als Gewähr dafür galt die Praxis, in Dresden, Leipzig, Erfurt, Schwerin und Potsdam-Babelsberg geradezu flächendeckend westdeutsches Leitungspersonal zu etablieren, seien es Intendanten, Landesfunkhaus-, Programm- und Verwaltungsdirektoren. [...]

### **Wolfgang Herles**

Es geht in diesem Beitrag nicht um die Abwicklung des DDR-Fernsehens, sondern um die Abwicklung journalistischer Grundsätze im Westen unter dem Vorwand, damit der »inneren Einheit zu dienen. Dieser Erfahrungsbericht handelt von den Mechanismen des Niedergangs journalistischer Kultur. Die Erinnerung daran wäre nicht viel wert, ginge es nicht um die Deformation, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk seither in eine existentielle Krise geführt hat. Ohne das Wissen um deren Ursachen ist Reform nicht möglich. Also handelt es sich um ein Lehrstück.

Nicht nur undemokratische Regime verfolgen Andersdenkende als Abweichler. Damals, als es um die »Einheit« ging, gab es das auch im Westen, wenn auch nicht ganz so existenzgefährdend wie zuvor in der DDR. Mundtot gemacht werden konnte man auch, nur die Methoden waren andere.

Wer sich heute dem Mainstream zu verweigern wagt, handelt sich spielend leicht Unannehmlichkeiten ein. [...]

Natürlich ist auch Patriotismus ein Einheitswert. »Ohne Patriotismus«, sagte zum Beispiel der grüne Ministerpräsident Baden-Württembergs Winfried Kretschmann, wäre die »Gasnotlage« nicht zu bewältigen. Das klingt komisch. Aber es ist klar, was er meint. Patriotismus ist eine Moralsauce, die über das Unvermögen der Politik gegossen wird. Ausgerechnet die Grünen, die Partei, die von Patriotismus nie viel gehalten hat, will sich in der Not des eigenen Unvermögens von Patriotismus retten lassen. Es ist ein Offenbarungseid.

Nun ist Patriotismus in der Geschichte immer wieder als Mittel der Disziplinierung ausgerufen und missbraucht worden. Auch heute verstehen gewählte Amtsträger unter Patriotismus gern das gehorsame Akzeptieren des Regierungskurses. Es sind immer nur die Mächtigen, die zu Patriotismus und Geschlossenheit auffordern. Das ist unter der grünen Flagge der Klimapropheten nicht anders. Wer ihnen folgt, ist Patriot, behaupten diejenigen, die zur großen Transformation antreten lassen. Andersdenkende werden zu Staatsfeinden deklariert. Gern heißt es dann, man dürfe sich nicht »auseinanderdividieren« lassen. Die Spalter sind immer die anderen, nämlich die, die nicht einsehen, nicht zahlen und dazu nicht auch noch nicken wollen.

Dass sich auch die meisten Medien auf Linie bringen lassen, ist in der Bundesrepublik ein relativ neues Phänomen. Nicht zuletzt die staatsnahen, gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Anstalten sind dafür leicht zu haben. Während der Coronajahre waren die Sender penetrante Volkserzieher. Keine Nachrichtensendung, kaum eine Talkshow, in der nicht die Angstkeule geschwungen, das Publikum mit umstrittenen Statistiken drangsaliert und immer denselben fragwürdigen Experten überlassen wurde. [...] Regierungspolitik (aber) grundsätzlich in Frage zu stellen, auch den Andersdenkenden eine Stimme zu geben, ist der wichtigste Auftrag der Medien in einer freien Gesellschaft. [...]

Die Ja-Sager haben im Journalismus den Beruf verfehlt. Wenn das Fernsehen gelegentlich zahm erscheint, liegt es nicht am Druck von außen, sondern am mangelnden Mut und der professionellen Unzulänglichkeit von Journalisten. Die größte Gefahr für den politischen Journalismus ist die Komplizenschaft mit den Politikern.

## **Luc Jochimsen**

[...] Der damalige ARD-Vorsitzende und Intendant des Hessischen Rundfunks, Hartwig Kelm, traf sich 1990 mit dem Generalintendanten des Deutschen Fernsehfunks der DDR (DFF), Hans Bentzien. Sie planten eine gemeinsame »Zukunftskonferenz« in Berlin. Schließlich legte im noch nicht ratifizierten Einigungsvertrag der Artikel 35 fest, dass »die kulturelle Substanz der DDR keinen Schaden« nehmen dürfe durch die Wiedervereinigung. Und Rundfunk und Fernsehen gehörten eindeutig zur »kulturellen Substanz« des Landes. Daran konnte es eigentlich keinen Zweifel geben. Oder doch? In heller Panik wandte sich der damalige Intendant des SFB, Günther von Lojewski, an den Verhandlungsführer des Einigungsvertrages, Bundesinnenminister Wolfgang

Schäuble, und übermittelte ihm ein Horror-Szenario, nachzulesen in seiner 2001 erschienenen Autobiografie »Live dabei. Erinnerungen eines Journalisten«: »Mehr als zehntausend Agitprop-geschulte und erfahrene Osis gegen 1.400 SFBler in West-Berlin« würden da in Zukunft wirken, wenn Artikel 35 nicht sofort umgeschrieben, ergänzt, verändert würde.

Also wurde der Einigungsvertrag noch schnell vor Unterschrift umgeschrieben und um einen Artikel 36 erweitert, der die Auflösung des Rundfunks und Fernsehens der DDR festlegte, indem er diese Institutionen einfach aus der »kulturellen Substanz« herausnahm. Damit konnte das »Spiel« das taktische und strategische Spiel der westdeutschen politischen Machthaber und der westdeutschen journalistischen Besitzstands-Bewahrer-und-Erweiterer beginnen.

1990 war nicht die Zeit für Reformen. Nun gab es anderes zu tun. Öffentlicher Kommentar von Bernd Neumann, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Medienkommission und späteren »Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien«: »Das DDR-Mediensystem ist eine nicht tragbare Altlast, seine Auflösung die sauberste Lösung.« Gegen diese »sauberste Lösung« hatte eine Zukunfts-Konferenz von ARD und DFF in Berlin keine Chance. Auch oder gerade weil genau in diesen Wochen und Monaten die »nicht tragbare Altlast« namens DDR-Mediensystem sich derart veränderte, reformierte, ja revolutionierte, dass auch die öffentlich-rechtlichen Westsender zu ihren Anfängen, zu ihren Wurzeln hätten zurückkehren können – sowohl inhaltlich wie auch strukturell mit neuen Redaktionsmodellen, Mitbestimmungsregeln, Zuschauerbeteiligungen. [...] Die »friedliche Revolution« hatte auch zu einer Medienrevolution geführt. Nicht nur das DDR-Fernsehen wandelte sich »grundlegend«, es wurden fast einhundert neue Zeitungen gegründet, dreißig allein aus der Reformbewegung heraus. Redaktionen erfanden sich gewissermaßen neu, die Journalisten der DDR waren eine treibende Kraft für das Freiheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger, die aus ihrer eigenen Kraft die Diktatur überwunden hatten.

Welch eine Chance für ein freiheitliches öffentlich-rechtliches Rundfunksystems! Welch eine Partnerschaft hätte sich da ergeben können! Informieren, bilden, unterhalten ... Ein Programm, das sich nicht am Markt ausrichtet, sondern an der Aufgabe, ein neues, gemeinsames Land zu gestalten.

Stattdessen sahen die ARD-Verantwortlichen neue Sendegebiete, neue Beitragszahler, neue Werbeeinnahmen, vor allem auch neue Posten: Intendanten, Direktoren, Chefredakteure, Hauptabteilungsleiter. [...]

Der RBB ist eine Ruine, die neu aufgebaut werden muss. Und diesen Neubau sollte die Öffentlichkeit aktiv mitgestalten. Nur so kann das »System Schlesinger« überwunden werden. Die Entlassung von einem Dutzend Personen verändert an der Struktur nichts, die ihre, über alle Werte des Verfassungsauftrags hinweg gehenden Erfinder, ausgebaut und verfestigt haben.

Denn machen wir uns nichts vor: Das System Schlesinger hat nicht die entlassene RBB-Intendantin Patricia Schlesinger erfunden. Das System Schlesinger enthält eine Entwicklungsgeschichte – und die gilt für alle öffentlich-rechtlichen Anstalten in Deutschland. Von den üblichen Abscheu- und Empörungsbekundungen der anderen ARD-Sender darf sich die Öffentlichkeit nicht täuschen lassen. Sie sind heuchlerisch, solange die ARD nicht insgesamt ihre Struktur auf dem Prüfstand stellt. Also, wie wäre es mit einem Volksbegehren und Volksentscheid in Berlin und Brandenburg? [...]

Ich weiß, jetzt kommt die Frage: Und wenn es schief geht? Volksbegehren können auch scheitern. Aber was wäre die Alternative? [...]

Was tut sich da, drei Monate nach dem RBB-Skandal? Was kommt von den verantwortlichen Politikern, den zuständigen Parlamenten, dem Sender selbst? Vom WDR kam eine Übergangsintendantin, Jahresgehalt 295.000 Euro. Und der Hauptausschuss im Brandenburger Landtag ging im November 2022 mit dem üblichen Mantra an die Öffentlichkeit: »Die Affäre muss Konsequenzen haben. Die Vorfälle sind geeignet, das gesamte Mediensystem zu schädigen.«

Aha – und welche Konsequenzen sollten das nun sein? [...]

### **Michael Schmidt**

[...] Die Entscheidung darüber, wem sich Mecklenburg-Vorpommern anschließen sollte, hätte 1991 fast zu einer Regierungskrise geführt. CDU-Ministerpräsident Alfred Gomolka und seine christdemokratischen Abgeordneten präferierten das Modell Nordostdeutsche Rundfunkanstalt (NORA). Ihr Koalitionspartner FDP drängte auf einen Anschluss an den Norddeutschen Rundfunk (NDR). Das wollten auch die Sozialdemokraten, die PDS-Fraktion wusste mit NORA nichts anzufangen. Aus seiner Sicht hatte Gomolka gute Gründe, dem NDR die kalte Schulter zu zeigen. Könnte doch NORA als neue Rundfunkanstalt gemeinsam mit Berlin und Brandenburg die Chance eines Neuanfangs bieten, wahrscheinlich auch mehr Sendeplätze für Mecklenburg-Vorpommern. Der NDR hingegen besaß eine fertige Struktur und ein

fertiges Programmschema. Was bliebe für MV übrig? Die CDU befürchtete, dass das Bundesland im Nordosten in einem erweiterten NDR nur zehn Prozent Anteil am Programm hätte. Bei NORA – so das Kalkül – könnten die Karten für politische Einflussnahme neu gemischt werden. Denn wegen der Dominanz der SPD im Norden der alten Bundesrepublik hatte der NDR das Image, ein »Rotfunk« zu sein.

Erstaunlicherweise schreckte das die FDP in Schwerin nicht ab. Sie blieb stur. Etwas anderes als der NDR kam für die vier liberalen Landtagsabgeordneten und ihre beiden Minister nicht in Frage.

NDR-Intendant Jobst Plog hatte die mediale Zuneigung des kleinen Koalitionspartners in Schwerin frühzeitig erkannt und nach Kräften gefördert. Den passenden Mann für die heikle Mission, hinter den parlamentarischen Kulissen Stimmung für den NDR zu machen, hatte er auch parat – Martin Schumacher. Als FDP-Mitglied war Schumacher zwei Wahlperioden lang Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein gewesen, danach Chef vom Dienst beim NDR in Kiel. (Von 1992 bis 2002 sollte er Leiter Öffentlichkeitsarbeit des NDR in Hamburg werden.) Zwanzig Jahre später, 2011, erinnerte er sich an diese Mission: »Kümmere dich um die Liberalen in Schwerin«, lautete der Auftrag von Jobst Plog. [...] Kontakte also zu den Liberalen, das war zunächst ein Heimspiel, denn da holte mich die eigene Vergangenheit ein: Neithart Neitzel, Staatssekretär im Sozialministerium, war ein knappes Jahrzehnt zuvor mein Kollege und Chef der Landtagsfraktion in Kiel gewesen. Andere Mitstreiter und Mitarbeiter in den neuen Schweriner Ministerien kannte ich aus der Ministerialbürokratie in Kiel, aus dem Hamburger Rathaus oder aus den Zeiten bei den Jungdemokraten. [...] Das waren die ›Wessis‹, die sich für Mecklenburg-Vorpommern entschieden hatten und für den NDR. Sie bereiteten den Weg für die Spitzenliberalen im Lande. [...] Bereits am 13. April 1991 stimmte ein FDP-Parteitag in Güstrow mit großer Mehrheit für die Zusammenarbeit mit dem NDR, und wenige Wochen später konnte ich in der FDP-Landtagsfraktion meine eigene Vorlage zum NDR begründen und anschließend sehr stolz und ziemlich gerührt das einstimmige Votum der Fraktion meinen Chefs präsentieren. [...]

Nächtliche Geheimtreffen in Büros in Hamburg und Schwerin, in Hotels und in Gästehäusern – wiederholbar wäre das alles heute nicht mehr. So etwas konnte nur in wenig gefestigten, weil neuen parlamentarischen Strukturen klappen, bei einer fröhlichen, leicht anar-chis-tischen Grundhaltung einzelner Akteure und angesichts der Tatsache, dass Koalitionsdruck, Fraktionszwang und Kabinettsdisziplin noch Fremdwörter waren. Welch' ein Segen für den NDR!«



Enger hätte die Nähe eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu politischen Entscheidungsträgern nicht sein können.

Nicht unerwähnt bleiben darf allerdings die Tatsache, dass der Boden für die politische Wühlarbeit von Schumacher & Co. bereitet war. Schon zu DDR-Zeiten war der NDR im Nordosten ein guter Bekannter. Das Fernsehprogramm N3 und das Radioprogramm von NDR 2 waren beliebte Westsender, von denen die Mecklenburger wussten, was sie künftig zu erwarten hatten. Doch NORA, die neue Unbekannte? Da hielten es viele mit der alten plattdeutschen Regel: Wat de Buer nich kennt, dat frett he nich! – Was der Bauer nicht kennt, das frisst er nicht!

So überraschte es denn nicht, dass bei Straßenumfragen zwischen Schwerin und Greifswald die Angesprochenen mehrheitlich voll des Lobes für den NDR waren. Und wenn ihnen zudem von ausgeschwärmten NDR-Promis ein Mikrofon samt Logo mit dem sympathischen Walross Antje unter die Nase gehalten wurde, dann erntete der NDR pure Zustimmung.

Was im Kleinen funktionierte, sicherte auch im Großen den Erfolg, wie der Spiegel Anfang 1992 berichtete. »Die Fernseh-Frauen Dagmar Berghoff und Sabine Christiansen waren da, auch andere TV-Prominente hatten sich auf den Weg von Hamburg nach Schwerin gemacht. Der Intendant und weitere Würdenträger des Norddeutschen Rundfunks (NDR) fuhren mit ihren Mercedes-Karossen vor, ein Journalistentross wurde von der NDR-Führung per Bus angekarrt. Die aufwendige Selbstpräsentation mit Ansprachen und Filmvorführungen war der Köder, den der Sender der drei SPD-regierten Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen letztes Frühjahr im Schweriner Schloss auslegte. Wider Erwarten biss die CDU/FDP-Koalition Mecklenburg-Vorpommerns an, zum Jahresbeginn dehnte der NDR sein Sendegebiet in das Nachbarland aus.« [...]

Falls es trotzdem noch einige stille Befürworter des Modells NORA gegeben haben sollte, wurde ihnen vom Intendanten des Senders Freies Berlin (SFB), Günther von Lojewski, dieser Zahn gezogen. Seine Vorstellungen ließen an Klarheit nichts zu wünschen übrig: Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft Ost? – Ja, unbedingt! Veränderungen im Westen? – Nicht nötig. Wozu auch?

»Immer wieder höre ich zum Beispiel die Forderung, das Funkhaus Berlin und der DFF müssten in einer Mehrländeranstalt gleichberechtigt mit dem SFB berücksichtigt werden. [...] Noch ärger ist die gebetsmühlenhaft wiederholte Forderung, der SFB müsse

›abspecken«. Ich frage: Warum? Hat die friedliche Revolution im Osten stattgefunden, um demokratisch legitimierte Einrichtungen im Westen abzuschaffen?«

Als Aufforderung an Ost-Kollegen, beim Aufbau einer neuen Nordostdeutschen Rundfunkanstalt mitzuwirken, konnte das nicht verstanden werden. Letztlich gaben Ministerpräsident Alfred Gomolka und seine CDU klein bei. Mit dem 1. Januar 1992 trat Mecklenburg-Vorpommern als viertes Bundesland dem NDR-Staatsvertrag bei. [...] Die Anfangszeit des NDR im Nordosten offenbarte falsche Erwartungen auf beiden Seiten. Missionarischer Eifer prallte auf Abwehrhaltung, die aber auf jüngst gemachte Erfahrungen gründete. Überheblichkeit existierte wohl auf beiden Seiten. Die einen waren davon überzeugt, zu den überlegenen Guten zu gehören, schließlich hatte ihr System gesiegt. Die anderen verteidigten ihre Vergangenheit und fühlten sich fachlich überlegen. Journalist war plötzlich keine geschützte Berufsbezeichnung, weil sich jeder so nennen durfte, der drei Sätze zu Papier bringen konnte. Im Osten hatte jeder ein Hoch-, mindestens aber ein Fachschulstudium absolviert und sein Handwerk gründlich gelernt.

Für die Westimporte war Mecklenburg-Vorpommern unbekanntes Gelände, auf dem man sich leicht blamieren konnte. Allein mit der falschen Aussprache von Ortsnamen. Eine tückische Herausforderung vor allem für Moderatoren und Nachrichtensprecher. Es muss 1992 gewesen sein, als mir Ernst Röhl – ein DDR-bekannter Autor, berühmt und gefürchtet für seine Glossen und Satiren – von der Fahrt in seine mecklenburgische Heimatstadt Teterow berichtete. Aus dem Autoradio hatten Verkehrsmeldungen getönt, die ihn aufhorchen ließen. In der Nähe von »Teteeroff« sei Vorsicht geboten, es habe auf der Landstraße einen Unfall gegeben. Teteeroff? Röhl stutzte. Nie gehört. Was für ein Nest sollte das sein? Bis ihm hinter dem Lenkrad ein Licht aufging. Meinte der Ansager im Radio etwa sein geliebtes Heimatstädtchen Teterow?

In der ehemals sowjetisch besetzten Zone mussten sich Orte mit solchen Wendungen ohne Widerrede ihre Verhunzung gefallen lassen. Güstroff, Bützoff, Malchoff ... Sogar vor einem Fluss hatten die Russen augenscheinlich nicht halt gemacht – die Warnoff bei Warnemünde. Der NDR und die aus dem Westen ge-kommenen Kollegen erwiesen sich diesbezüglich als lernfähig. Es kursierte bald eine Liste in den Redaktionen, in der knifflige Ortsnamen und deren korrekte Aussprache aufgelistet waren. Unten auf dem Papier fanden sich Hinweise wie: »Die Kleinbahn von Bad Doberan nach Kühlungsborn ist der Molly, nicht die Molly.«

Leider auch falsch. Molli wird mit »i« geschrieben und nicht mit »y«. Aber das war akustisch nicht zu unterscheiden.

In der gesamten neuen ostdeutschen Rundfunklandschaft fanden 1992 rund 400 – also lediglich etwa zehn Prozent der in der DDR im Hörfunk und im Fernsehen festangestellten Journalisten – einen neuen Arbeitsplatz. Aber warum sollte es uns Journalisten auch anders ergehen als den Kalikumpeln an der Werra oder den Werftarbeitern in Rostock, Wismar und Stralsund? [...]

Seit Ausrufung der deutschen Einheit beanspruchen sogenannte Leitmedien im Westen Deutschlands die alleinige Deutungshoheit über das Geschehen und die Geschichte im Osten. Sobald allerdings die Themen vom üblichen Mainstream – wir erinnern uns: Nazis, Stasi, Unrechtsregime – abwichen, erlosch merklich das Interesse. Ausnahmen bestätigten auch hier die Regel.

Mitte der 1990er Jahre hatte ich die Gelegenheit, den Schriftsteller Helmut Sakowski zu besuchen. In der DDR ein bekannter Mann, für seine Bücher und Fernsehfilme wurde er hoch geehrt. Sakowski galt als der »Erfinder der Fernsehromane«. Sein Film »Wege übers Land«, ausgestrahlt 1968 im DFF, wurde zum Straßenfeger. Ähnlich erfolgreich der 1976 produzierte Streifen »Daniel Druskat«. Wieder ein Mammutwerk in fünf Teilen, wieder überaus erfolgreich und wieder widmete sich der Autor dem Auf und Ab in der sozialistischen Landwirtschaft. Mit ungeschönten Konflikten und starken Charakteren, die sich in der Nachkriegszeit in ihrer dörflichen Gemeinschaft durchschlagen. Im Darstellerensemble die Crème de la Crème der ostdeutschen Schauspieler – Hilmar Thate, Angelica Domröse, Manfred Krug, Rolf Hoppe, Ursula Karusseit, Käthe Reichel und andere namhafte Mimen. Zwanzig Jahre nach der Ausstrahlung von »Druskat« erzählte mir Sakowski begeistert von seinem Plan, Leben und Arbeit seines Helden fortzuschreiben. Diesmal im real existierenden Kapitalismus – wo sonst.

Die Schauspieler von ehedem waren allesamt angetan und wollten unbedingt wieder mitspielen. Sakowski zeigte mir einen Brief von Manfred Krug, der es gar nicht abwarten konnte, dabei zu sein, um den ehemaligen LPG-Vorsitzenden in der neuen Zeit zu spielen. Die ARD hatte Interesse an dem Stoff signalisiert, das Drehbuch war fertig. Dann kam die erste Intervention. Ein Mehrteiler wäre für das Thema wohl zu umfänglich – könnte Sakowski das Thema nicht ebenso gut in einem 90-Minüter abhandeln? Und überhaupt – ist das nicht zu viel Osten? Hier gemäkelt und da gefragt ...

Irgendwann hatte Sakowski die Nase voll, das Projekt war totoptimiert. Wer die Kämpfe in der ostdeutschen Landwirtschaft nach 1989, das Ringen um Grund und Boden und die teils kriminellen Praktiken bei der Privatisierung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften auch nur vom Hörensagen kennt, der ahnt, welche dramatischen Geschichten im gesamtdeutschen öffentlich-rechtlichen Fernsehen nicht erzählt wurden. Wie bemerkte doch Jahre zuvor ein kritischer Zuschauer: »Sie unterschätzen die Intelligenz Ihres Publikums.«

Manfred Krug ist seit 2016 tot, Sakowski verstarb 2005. Thate und Karrusseit sind nicht mehr, die meisten Schauspieler aus dem Druskat-Ensemble liegen unter der Erde, und Lutz Riemann, der auch mitspielen sollte, mein Freund und langjähriger NDR-Kollege, der Oberleutnant Zimmermann aus dem Polizeiruf 110, ist auch schon 82 ...

Was für publizistische Themen und dramatische Stoffe wurden leichtfertig verschenkt oder gar nicht erst angefasst. Es ist ein Trauerspiel. [...]

Politische Stanzen werden inzwischen anders und schicker verpackt, sind im Kern aber die alten geblieben. So kreierte die Klassifizierung der DDR als »Unrechtsstaat« gerade für Spielfilme und Fernsehserien einen Schauplatz mit nahezu unerschöpflichen Möglichkeiten. Auf dem kann man mit Fakten und historischen Wahrheiten noch lockerer umgehen als ohnehin im Fiktionalen üblich.

Ein Paradebeispiel ist die ARD-Serie »Die Toten von Marnow« aus dem Jahr 2021. Ein mehrteiliger Thriller, der in Ostdeutschland spielt. Morde werden aufgeklärt, deren Geschichte in die Zeit der DDR zurückreicht – in ein Geflecht aus westlichen Pharmatests im Osten, immer noch aktiven Stasi-Seilschaften und andauernder Vertuschung.

Besonders die Zuschauer in Mecklenburg-Vorpommern waren aufgeschreckt – der Krimi war augenscheinlich in ihrem Landstrich angesiedelt. War alles noch viel schlimmer, als man es uns schon erzählte? In was für einem Drecksland haben wir vierzig Jahre lang bloß gelebt? Und die Westdeutschen sagten sich: gottseidank, wir nicht.

Solche und ähnliche Fragen warf die krude gesponnene Geschichte auf, und vielleicht war das auch beabsichtigt.

Das NDR-Landesfunkhaus Mecklenburg-Vorpommern hat mit Spielfilmen, die im Ersten laufen, wenig bis gar nichts zu tun. Doch »Die Toten von Marnow« erregten die Gemüter ihrer Zuschauer derart, dass NDR-Journalisten in Schwerin sich an den Faktencheck machten und zum vermeintlichen Skandal rund um Medikamententests recherchierten.

»Der Skandal war gar keiner«, konnte der Sender am 17. März 2022 berichten. »Die Studien sind auch in der DDR nach damals international geltenden Standards durchgeführt worden.«

Sogar die Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur für Mecklenburg-Vorpommern, Anne Drescher, sah sich zu einer Klarstellung veranlasst.

Anders als im Film dargestellt habe die Staatssicherheit »im Zusammenhang mit den Medikamententests keinerlei Einfluss auf Auswahl oder Durchführung der klinischen Testphasen« gehabt. Auch eine Verschleierung von Verstößen hielt sie für unwahrscheinlich.

Mit ihrem Beitrag führte der »kleine« NDR in Mecklenburg-Vorpommern die »große« ARD in entscheidenden Punkten vor. Zu vermuten ist, dass schockierende Bilder und Dialoge aus dem Fernsehkrimi besonders einem westdeutschen Publikum stärker im Gedächtnis haften bleiben als der sachliche Onlinetext. Wenn der denn überhaupt gelesen wurde. Die Serie ist im Übrigen unverändert in der Mediathek jederzeit zu sehen

...

Eine andere Fernsehserie dürfte im Osten die Zuneigung der Zuschauer zum Öffentlich-Rechtlichen nicht unbedingt gestärkt haben. Auch in »Lauchhammer«, wieder von der ARD, reichte die mörderische Handlung zurück in die DDR. Im Unterschied zu »Marnow« gaben diesmal nicht gewendete Stasi-Typen die Schurken vom Dienst, sondern früher vermeintlich allmächtige lokale SED-Funktionäre. Schon die ersten Bilder verhiessen Grusel: Ein gelb-brauner Filter vor der Kameralinse tauchte die Lausitzer Landschaft in morbides Licht. Monströse Braunkohlebagger hatten das Land weggefressen und eine Wüste hinterlassen. Dazu die mystisch anmutende, von Seelenschmerz gebrochene Stimme eines Erzählers im Off. Aha – so also sieht es heute aus im Beitrittsgebiet.

Die Sächsische Zeitung, die sich im Revier auskennt, war baff: »Derart keimig ist das Setting dieses reanimierten Ost-Klischee-Sortiments aus den Neunzigern, dass man nach jeder Folge den Drang verspürt, unter die Dusche zu springen.«

Irgendwie erinnert die Szenerie an eine irdische Variante von »Outland – Planet der Verdammten«. Von einer ähnlichen Assoziation muss auch der FAZ-Autor Tom Müller beim Betrachten der Serie heimgesucht worden sein. Unter der Überschrift »Leben im Osten nur Freaks?« schrieb er: »Am Vorabend des 32. Jahrestages der Einheit fragten die ARD->Tagesthemen« ziemlich hilflos: »Warum ist die Unzufriedenheit in Ostdeutschland so groß?« Unabhängig davon, dass die Prozentsätze von Ostdeutschen in

Führungspositionen im Osten, an Universitäten, in der Politik und Medienhäusern nach wie vor unterirdisch sind, also ein klares Repräsentationsvakuum besteht, hätte sich die ARD die Frage der ›Tagesthemen‹ auch selbst beantworten können. Ein aufmerksamer Blick in die eigene Mediathek hätte genügt.

Dort läuft gerade die Krimiserie ›Lauchhammer – Tod in der Lausitz‹. Die Serie spielt im real -existierenden und titelgebenden Ort Lauchhammer, an der Abbruchkante des Lausitzer Braunkohle-Tagebaus. Der ermittelnde, ortsansässige Polizist Maik (sic!) muss zusammen mit einer frisch zugezogenen Ermittlerin den Mord an einer jungen Frau aufklären. Der Realismus, den die Serie auch durch die Verwendung des Ortsnamens behauptet, steht allerdings im Widerspruch zum grotesken Zerrbild, das die Serie vom Ort und seinen Bewohnern, mithin vom Osten, zeigt.

Das Drehbuch und das Setdesign sind von einer geradezu irren, boulevardesken Geilheit auf das Elend durchdrungen, dass sich einem die Nackenhaare aufstellen. Gerade Krimiserien aus öffentlich-rechtlicher Hand haben hier eine besondere Verantwortung. Das Genre erreicht Millionen Zuschauer und ist in der Wirkung, Vorstellungen von Regionen und Menschen zu prägen, wohl kaum übertroffen.«

Der Film weidet sich geradezu an der von ihm inszenierten Kulisse und den darin umherirrenden Akteuren. »Die Menschen sind krank, korrupt, abhängig, gestört oder kriminell, dazu humorlos. Ihre Häuser sind heruntergekommen, verwahrlost oder wenn doch aufgeräumt, dann ausgestattet wie 1982 nach Vorbild des Berliner DDR-Museums, Möbel vom VEB Kombinat, Blümchentapete und viel billiger Plüsch.«

Die realen Einwohner von Lauchhammer reagierten bemerkenswert gelassen auf die Gruselmär. Kintopp sei nun mal so. Und sollte das alles von irgendwem für bare Münze genommen werden – für den hat die Stadtverwaltung auf ihrem Videoportal einen kurzen eigenen Streifen ins Netz gestellt: »DAS ist unser Lauchhammer.«

Vermutlich werden die beiden (westdeutschen) Drehbuchautorinnen der Serie den kurzen Werbefilm nicht gesehen haben. Wozu auch? Weiß man doch, wie's im Osten aussieht. Ist alles in unserem Film zu sehen. Bilder lügen nicht. Diesem Irrglauben scheinen auch die Programmscheider der ARD zu frönen.

FAZ-Autor Tom Müller versäumt es nicht, in seinem Verriss diesen Verantwortlichen die Frage zu stellen: »Wie kann es sein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk, dessen Vorteil ja ist, dass er regional organisiert ist und somit über besondere Vor-Ort-Expertise verfügen sollte, seinem eigenen Publikum, denn das sind die Lausitzer ja und

die Ostdeutschen sowieso, mit so viel Desinteresse, Häme und faszinierter Ekelhaftigkeit begegnet?«

Die ehrliche Antwort würde höchstwahrscheinlich simpel ausfallen: Weil man es mit denen in Dunkeldeutschland nun mal machen kann. Und wahrscheinlich freuen die sich sogar, den Kakao, durch den sie gezogen werden, hinterher noch schlürfen zu dürfen. – Hey, unsere Gegend ist im Fernsehen! Geil! [...]

edition ost im Verlag Das Neue Berlin –  
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe

ISBN 978-3-360-02808-2

© 2023 Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin

Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet,  
dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg  
zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Fotos (S. 6): Robert Allertz

Satz: edition ost

Druck: Sowa Druk, Warschau

[www.eulenspiegel.com](http://www.eulenspiegel.com)

